PLANZEICHENERKLÄRUNG

FESTSETZUNGEN

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes	§ 9 Abs. 7 BauGB
WA	Allgemeines Wohngebiet	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
I	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
0,25	offene Bauweise	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
DNG 30-48°	Grundflächenzahl GRZ	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
max. 2 WE	zulässige Dachneigung	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
	Begrenzung der Wohneinheiten	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
	Baugrenze	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
	Flächen für Gemeinschaft Hier: Feuerwehr	§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB
II	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
o	offene Bauweise	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
GR max. 1200 m²	Maximale Grundfläche	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
GR max. 3000 m² für Zubehörer + Stellplätze	Maximale Grundfläche für Zubehörer und Stellplätze	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
	Verkehrsfläche	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung Hier: verkehrsberuhigter Bereich	§ 9 Abs. 11 BauGB
V	verkehrsberuhigter Bereich	
P	öffentliche Parkplätze	
	Straßenbegrenzungslinie	§ 9 Abs. 11 BauGB
St	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen Hier: Stellplätze	§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
	Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und für einen private Stellplatz anzeigen	§ 9 Abs. 1 Nr. 12,14 BauGB
	Hier: Regenrückhaltebecken	
	Hier: Trafo	
	Grünfläche privat	§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastenden Flächen Hier: Fußweg, Anlieger- und Versorgungsverkehrsfläche	§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB
	Mit Leitungsrechten zu belastenden Flächen zugunsten Dritter	§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB
	Umgrenzung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Hier: Lärmschutz	§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
	Lärmschutzwand	
	Sicherung für die Anpflanzung von Bäumen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft Hier: Knickschutzstreifen	§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
	Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Hier: Knickschutzstreifen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Hier: Knick	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen	§ 16 Abs. 5 BauNVO
	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
	Anbauverbotszone	§ 29 StrWG

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

	Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Hier: Knick	§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB

DARSTELLUNG OHNE NORMENCHARAKTER

	Vorhandene baulichen Anlagen Hier: Wohngebäude b) Nebengebäude c) sonstige Gebäude		vorgesehenen Grundstücksgrenzen
	Flurgrenzen/Grenzen		künftig fortfallender Knick auf Wall
	Punktdatenbestimmung		Gottesweg
	Sachsenwaldstraße		vorhandene Bäume
	Straßenname		Bereich mit Aufbebauung
	Straßenrichtt		

TEIL B TEXT

1.00 Gestaltung der baulichen Anlagen (§ 84 LBO)

1.10 Sockelhöhen
Die Sockelhöhen der baulichen Anlagen (Oceanhöhe = Oberkante Erdgeschossfußboden der baulichen Anlagen) dürfen höchstens 0,5 m über der durchschnittlichen Höhe der angrenzenden Straße liegen.

1.20 Traufe und Firsthöhen
Auf den ausgewiesenen allgemeinen Wohnflächen darf die Traufhöhe eine Höhe von 4,20 m, die Firsthöhe eine Höhe von 9,00 m nicht überschreiten. Die Traufhöhe ist zwischen Oberkante Erdgeschossfußboden und Schnittpunkt der Bereich der Fassadung/ Hier 4 90° dar/ Die Firsthöhe (max. 10,00 m beträgt).

1.30 Dachneigungen
Neben den festgesetzten Dachneigungen sind Dachertacken, Dachabschlüsse, Dachaustreten und Pfeine mit anderen Neigungen zulässig.
Die Dachneigung der Garagen und Bauwerke (Zyrinsicher) und neben den ausgewiesenen Dachneigungen auch andere Dachneigungen zulässig.

Dachformen
Es sind nur Satter, Küppelsatz, und Walmdächer zulässig. Pultdächer, versetzte Pultdächer sowie unsymmetrische Dächer sind unzulässig, außer bei Nebenanlagen, Carports und Garagen.

2.00 Überschreitung der Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)

2.10 Baugrundstücke
Die zulässige Grundfläche darf durch die Herstellung von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten um 100 % überschritten werden.

2.20 Geb.-, Fahr- und Leitungsrechte
Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundfläche für die, dem Privatweg anschließenden rückseitigen Grundstücke in gemäß § 9 (1) BauGB für Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten, für die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belasteten Flächen, zulässig.

3.00 Überschreitung der Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Ein Vorsteen von untergeordneten Gebäuden wie Erker, Windfänge, Vorraeteile, Schlachtvorbaute, Gesimsbauten, Pflanzenwerkgifter und Vordächer ist bis zu 2,00 m von den festgesetzten Baugrenzen zulässig.

4.00 Mindestgrundstücksgröße (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

Die Mindestgrundstücksgröße der Baugrundstücke beträgt 600 m² in Bereich der Festsetzung GRZ 0,25 und 0,25.

5.00 Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Auf den Wohnbauflächen ist pro 600 m² Grundstücksfläche für ein Einzelhaus max. eine Wohnung zulässig, in Bereich der Festsetzung GRZ 0,25 und 0,25.

6.00 Private Stellplätze (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Auf den Wohnbaugrundstücken mit der GRZ 0,2 und 0,25 sind je Wohneinheit mind. 30 m² Stellplatzfläche für mind. zwei private Stellplätze anzulegen.

7.00 Grünordnerische Belange (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 a und 25 b BauGB)

7.10 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen,Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a i.V.m.§ BauGB)

7.11 Knickschutzstreifen
Die Knickschutzstreifen sind mit einheimischen Sträuchern und standortheimischen Laubbäumen in der Mindestqualität Heistersatz, 2- x verpflanzt in doppelter Reihe, Stammumfang 10-12 cm zu pflanzen. Die Pflanzung ist pro Baum mit einer Pflanzengröße von mindestens 10 m² und einer Mindestbreite von 2 m herzustellen. Es sind die Gehölzarten aus der unten aufgeführten Pflanzliste für Baumpflanzungen zu verwenden. Die Bäume sind dauerhaft zu erhalten und gegen Fällen zu schützen. Ausfallende Bäume sind gleichwertig zu ersetzen.

Pflanzliste für Baumpflanzungen

Bäume	
Acer campestre	Feld-Ahorn
Acer platanoides	Spitz-Ahorn
Carpinus betulus	Hainbuche
Fraxinus excelsior	Esche
Sorbus aucuparia	Eberesche

7.12 Die in den Planzeichnung gekennzeichneten Knicks sind dauerhaft zu erhalten. Bei Abgang von Gehölzen sind Ersatzpflanzungen und Ausfallsstellen durchzuführen. Alle 10-15 Jahre sind die Knicks auf der Stock zu setzen. Einzelne Bäume sind im Abstand von 20 bis 50 m als Überhälter stehen zu lassen. Für Nachpflanzungen im Bereich der Knicks sind ausschließlich standortheimische Gehölzarten gemäß der unten angeführten Pflanzenliste für Knicks zu verwenden.

7.13 Bei der Verlegung von Knicks sind diese fachgerecht umzusetzen. Das vorhandene Material (Knickwall mit Vegetation) ist unter möglichst wenigstender Störung des Bodenaufgefüges zu verlegen. Auf der Neuanlage von Knicks ist ein Knickwall in einer Höhe von 0,8-1,0 m und eine Breite von 2,5-3,0 m herzustellen. Die Knick ist zweireihig anzulegen. Die Pflanzung ist pro Meter mit mindestens 3 Pflanzen vorzunehmen. Es sind die Gehölzarten aus der unten aufgeführten Pflanzliste 2 zahlen durch einen durchgängigen Wildschutzzaun zu schützen. Darauf ist standortbezogenes zu entfernen. Es sind die Gehölzarten aus der unten angeführten Pflanzliste für Knicks zu verwenden

Pflanzliste für Knicks

Bäume	
Acer campestre	Feld-Ahorn
Quercus robur	Stiel-Eiche
Sorbus aucuparia	Eberesche
Sträucher	
Corylus avellana	Hasel
Crataegus monogyna	Weißdorn
Prunus spinosa	Schlehe
Rosa canina	Hundsrose
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder

7.14 Das Regenrückhaltebecken ist mit möglichst flachen, wechselnden Böschungsneigungen naturnah zu gestalten. Die Böschungsoberkante ist mit einer Heckenpflanzung aus einheimischen Sträuchern zu versehen. Die Ufer des Regenrückhaltebeckens sind Grasjuan und standortheimischen Sträuchern anlegig der Wege und Gräben anzu pflanzen. Es sind eine Pflanze pro 1,5 m² gesetzt werden. Je Pflanzen sind in der Qualität Strauches 2 x verpflanzt, mit Ballen oder Wurzelballen zu versehen. Es sind Gehölze der unten angeführten Pflanzenliste für Regenrückhaltebecken zu verwenden.

Pflanzenliste für Regenrückhaltebecken

Sträucher	
Corylus avellana	Hasel
Crataegus monogyna	Weißdorn
Prunus spinosa	Schlehe
Rosa canina	Hundsrose
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Viburnum opulus	Gewöhnlicher Schneeball

7.15 Innerhalb des in der Planzeichnung festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist an jeder Stell der lichtigen Lärmschutzwand beidseitig der Lärmschutzwand eine dichte Bepflanzung mit einheimischen Laubgehölzen anzulegen, durch eine fachgerechte Pflege zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten. Es sind pro 1,5 m² eine Pflanze zu setzen. Es sind die Gehölzarten aus der unten angeführten Pflanzliste 3 zahlen durch einen durchgängigen Wildschutzzaun zu schützen. Darauf ist standortbezogenes zu entfernen. Im Falle eines natürlichen Abgangs der Gehölze ist für Ersatz zu sorgen.Es sind die Gehölzarten der unten angeführten Pflanzliste für Windschutzpflanzungen zu verwenden.

Pflanzenliste für Windschutzpflanzungen

Bäume	
Acer campestre	Feld-Ahorn
Quercus robur	Stiel-Eiche
Sorbus aucuparia	Eberesche
Sträucher	
Corylus avellana	Hasel
Crataegus monogyna	Weißdorn
Prunus spinosa	Schlehe
Rosa canina	Hundsrose
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Viburnum opulus	Gewöhnlicher Schneeball

7.20 Wallanlagen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

7.21 Die festgesetzten Knickschutzstreifen sind als offene Vegetationsflächen zu erhalten sowie als Grün- und Knickboden zu entwerfen und anstelle durch eine Wahl zwischen ein- und zu pflegen. Die Knickschutzstreifen sind von jeglicher Bebauung und Versiegelung freizuhalten. Ausnahmen sind nur für Anlagen Aufschließungen und Abgrenzungen sowie des Anlagen von Gas und sonstigen Anlagen sind unzulässig.

Artenschutzrechtliche Hinweise:

- Gehölzfällungen dürfen nur in der Zeit vom 1.10. bis 28.(29.)02 außerhalb der Brutzeit von Vögeln (§ 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatschG) vorgenommen werden.
- Für Biotope und Erdhaufen darf nicht ohnehalb der Zeit von April bis zur erfolgen.

8.00 Lärmschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

a) Schutz vor von außen einwirkenden Geräuschen (Schallschutz gegen Außenlärm).

Zum Schutz des Plangebietsbereichs wird eine Lärmschutzanlage mit einer Länge von 245 m anlegt.
Die Lärmschutzanlage liegt entlang der Zufahrt zum Parkgelände. Mit einer Gesamthöhe von 3 m (dem Gelände der Straße Angepasst).

Zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen werden für Neu, Um- und Ausbauten die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 (Januar 2018) entsprechend den nachfolgenden Abbildungen festgelegt.

Abbildung B 1: maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume, Maßstab 1:2.000

Die Abbildung B 1 gilt ausschließlich für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden.

Abbildung B 2: maßgeblicher Außenlärmpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, Maßstab 1:2.000

Zur Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung bei Gebäuden in den nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Aufenthaltsräumen, die nach dem 18.07.2019 errichtet werden, ist der Nachweis für das gewählte Außenlärmniveau entsprechend den Anforderungen gemäß DIN 4109 (Januar 2018) zu erbringen.

Im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren ist die Eignung der für die Aufenthaltsräume der Gebäude gewählten Konstruktion nach den Kriterien der DIN 4109 (Januar 2018) nachzuweisen.

Zum Schutz der Nachbarschaft wird im gesamten Plangebietsgebiet bei Neubauten für Schlaf- und Kinderzimmer eine Schallgedämmte Lüftung mit Zwangsbelüftung vorgeschrieben. Die Schallgedämmte Lüftung muss gewährleisten, dass Spiel der lauteste entsprechende Pegel nicht überschritten wird und die Anforderungen an das resultierende Schalldämmmaß gemäß den einheitlichen und ausgewiesenen Lärmpegelbereichen nach DIN 4109 erfüllt werden.

Von den vorgesehenen Fensterzugrien kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbeteiligung geringere Anforderungen an den Schallschutz resultieren.

b) Schutz der Außenwohnbereiche

Balkonge, Außenwohnbereiche wie Terrassen, Balkone und Loggien sind in den in Abbildung B 3 und Abbildung B 4 ausgewiesenen Bereichen nur mit geschlossenen Loggien oder mit verglasten Balkonen / Balkonanlagen zulässig.

Von den vorgesehenen Fensterzugrien kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass in der Mitte des jeweiligen Außenwohnbereichs der Orientierungswert für allgemeine Wohngebiete tags um nicht mehr als 3 dB(A) überschritten wird.

Abbildung B 3: Darstellung der geschossen auszuführenden Außenwohnbereiche im eisenerstgen Bereich, Maßstab 1:2.000

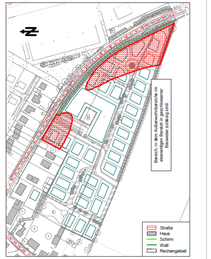
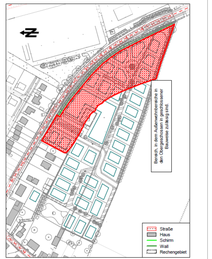


Abbildung B 4: Darstellung der geschossen auszuführenden Außenwohnbereiche in den Obergeschossen, Maßstab 1:2.000



Von den vorgesehenen Fensterzugrien kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass in der Mitte des jeweiligen Außenwohnbereichs der Orientierungswert für allgemeine Wohngebiete tags um nicht mehr als 3 dB(A) überschritten wird.

Abbildung B 5: Bereiche in denen ein Ausschluss von Immissionsorten im Obergeschoss erforderlich ist, Maßstab 1:2.000

c) Schutz vor Gewerbelärm

In dem in der Abbildung B 5 dargestellten Bereich sind in den Obergeschossen vor schutzbedürftigen Räumen (Aufenthaltsräumen) keine Fenster zum Lüften zulässig. Ausnahmsweise können Fenster zum Lüften vor einer lärmgeschützten Fassadenseite oder anders gestaltet, dass Sauerstoff die Aufenthaltsräume ausreichend Frischluft zuführen. Ausnahmsweise dürfen vorgelagert geschlossene Loggien, die ebenfalls dicht ausgeführt sind, vor lärmgeschützten Fassaden zum Lüften geöffnet werden. Die Ausnahmen gelten nicht, wenn ein anderer, gleichwertiger Lüftungsweg einer dieser beiden nachgeschalteten Räume mit der da dass die Fenster dort zu öffnen sein dürfen.

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom ..... Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch ..... durch Aushang an der Bekanntmachungstafeln.

2. Auf Beschluss der Gemeindevertretung vom ..... wurde nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB von der Frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beanrichtung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.

3. Die Entwurf dieses Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom ..... bis ..... während folgender Zeiten: montags, dienstags, donnerstags, freitags von 8.00-12.30 Uhr, mittwochs von 7.00-12.30 Uhr, zusätzlich montags von 15.30-18.00 Uhr und donnerstags von 13.30-18.00 Uhr im Bürgerbüro des Amtes Schwarzenbek-Land, in 21493 Schwarzenbek-Kiebitzreihe, Grüner Straße 1, nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am ..... durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln ortsüblich bekannt gemacht. Die Inhalt der Bekanntmachung der Auslegung der Planentwurfs und die nach § 3 Abs. 2 BauGB auszulegenden Unterlagen wurden unter www.amt-schwarzenbek-land.de ins Internet gestellt.

4. Die Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung geändert. Die Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom ..... bis ..... während folgender Zeiten: montags, dienstags, donnerstags, freitags von 8.00-12.30 Uhr, mittwochs von 7.00-12.30 Uhr, zusätzlich montags von 15.30-18.00 Uhr und donnerstags von 13.30-18.00 Uhr im Bürgerbüro des Amtes Schwarzenbek-Land, in 21493 Schwarzenbek, Grüner Straße 1, nach § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegen. Es wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB durchgeführt. Dabei wurde bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden können. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am ..... durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln ortsüblich bekannt gemacht. Die Inhalt der Bekanntmachung der Auslegung der Planentwurfs und die nach § 3 Abs. 3 BauGB auszulegenden Unterlagen wurden unter www.amt-schwarzenbek-land.de ins Internet gestellt.

5. Die Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung geändert. Die Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom ..... bis ..... während folgender Zeiten: montags, dienstags, donnerstags, freitags von 8.00-12.30 Uhr, mittwochs von 7.00-12.30 Uhr, zusätzlich montags von 15.30-18.00 Uhr und donnerstags von 13.30-18.00 Uhr im Bürgerbüro des Amtes Schwarzenbek-Land, in 21493 Schwarzenbek, Grüner Straße 1, nach § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegen. Es wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB durchgeführt. Dabei wurde bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden können. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am ..... durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln ortsüblich bekannt gemacht. Die Inhalt der Bekanntmachung der Auslegung der Planentwurfs und die nach § 3 Abs. 3 BauGB auszulegenden Unterlagen wurden unter www.amt-schwarzenbek-land.de ins Internet gestellt.

6. Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am ..... geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

7. Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom ..... bis ..... während folgender Zeiten: montags, dienstags, donnerstags, freitags von 8.00-12.30 Uhr, mittwochs von 7.00-12.30 Uhr, zusätzlich montags von 15.30-18.00 Uhr und donnerstags von 13.30-18.00 Uhr im Bürgerbüro des Amtes Schwarzenbek-Land, in 21493 Schwarzenbek, Grüner Straße 1, nach § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegen. Es wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB durchgeführt. Dabei wurde bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden können. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am ..... durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln ortsüblich bekannt gemacht. Die Inhalt der Bekanntmachung der Auslegung der Planentwurfs und die nach § 3 Abs. 3 BauGB auszulegenden Unterlagen wurden unter www.amt-schwarzenbek-land.de ins Internet gestellt.

8. Die Gemeindevertretung hat die Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) mit der Begründung, am ..... als Satzung beschlossen und die Begründung durch Gemeinbeschluss gebilligt.
Kuddewörde, den.

L. S. Bürgermeister

10. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.
Kuddewörde, den.

L. S. Bürgermeister

11. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung und die Stelle, bei der der Plan mit Begründung auf Dauer während der Öffnungszeiten von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft zu erteilen ist, sind am ..... durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln ortsüblich bekannt gemacht worden. Es ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich daraus ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkungen des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Der Satzung ist mithin am ..... in Kraft getreten.
Kuddewörde, den.

L. S. Bürgermeister

SATZUNG DER GEMEINDE KUDDEWÖRDE ÜBER DIE 1. VEREINFACHTE ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 25

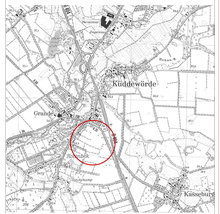
GEBIET: "WOHNGEBIET LAUENBURGER STRASSE SÜDLICH DER LAUENBURGER STRASSE, FLURSTÜCKE 61/11, 67, 68/11"

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (siehe Nach § 9(1) Landesbauordnung) und nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom ..... hat die Gemeinde Kuddewörde folgende Satzung des Bebauungsplanes Nr. 25, für das Gebiet

"Wohngebiet Lauenburger Straße, südlich der Lauenburger Straße, Flurstücke 61/11, 67, 68/11"

bestimmt aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen.

Hinweisen
Es gilt die Bauordnungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. III. 3790), Gesetzung des Flurstücks nach der Planzeichnerordnung 1990 vom 18.12.1990 (BGBl. I 58H 3 S. 58).



ÜBERSICHT

ARCHITEKT+PLANER HANS-JÖRG JOHANNSEN

Bornweg 13
21521 Dassendorf

Tel. 04104-4845
E-Mail arch.joerg.johannsen@online.de

1. VER. ÄND. DES BEBAUUNGSPLANES NR. 25 DER GEMEINDE KUDDEWÖRDE

STAND: 13. MAI 2019